

**ANFRAGE** von Hansruedi Schmid (SP, Richterswil) und Marco Ruggli (SP, Zürich)  
betreffend Abwanderung von qualifizierten Staatsangestellten

---

Die anziehende Konjunktur hat zur Folge, dass die Nachfrage der Privatwirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften merkbar zunimmt. Gleichzeitig ist festzustellen, dass für viele kantonale Angestellte der Anreiz, in die Privatwirtschaft zu wechseln, stärker wird. Dabei sind nicht nur finanzielle Gründe massgebend. Ebenso sehr wird das Arbeitsumfeld und das Image des Arbeitgebers in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Der fehlende Wille der Regierung, die allgemeine dreiprozentige Lohnkürzung, wie früher versprochen, wieder zu kompensieren und das Fehlen anderer positiver Signale von seiten des öffentlichen Arbeitgebers, wirken sehr negativ. Die steigenden Löhne in der Privatwirtschaft und die anhaltende Teuerung vergrössern den Lohnrückstand beim Kanton.

Ebenso wichtig wie die finanzielle Seite ist das Arbeitsumfeld der Staatsangestellten. Die Verwaltungsreform, zu Beginn als Chance und Notwendigkeit von vielen befürwortet, ist nach der Einführung der Globalbudgets, im Bereich der inneren Reform, arg ins Stocken geraten. Viele Betroffene stehen heute der Verwaltungsreform kritisch oder gar feindlich gegenüber. Eine Reform ohne die aktive Mitwirkung der Mehrheit der Betroffenen ist zum Scheitern verurteilt.

Der von Jahr zu Jahr steigende Spardruck, ohne entsprechende Leistungs- und Aufgabenreduktion, wird vom Personal zunehmend als allgemeine und unqualifizierte Kritik an deren Leistung empfunden. Die Wahrnehmung, je länger je mehr als Kostenverursacher und nicht als Leistungserbringer zu gelten, ist demotivierend. Das Image des Kantons als eines fortschrittlichen und mitarbeiterfreundlichen Arbeitgebers ist, trotz moderner Leitbilder einzelner Direktionen und Ämter, weitgehend verloren gegangen. Diese Entwicklung steht in direktem Gegensatz zu den Zielen moderner Verwaltungsführung, die vorgibt, mehr Effizienz und Effektivität anzustreben.

Abgesehen von hohen direkten Kosten, die bei jeder Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften entstehen, geht der kantonalen Verwaltung in vielen Bereichen auch wertvolles Know-how verloren. Schadensbegrenzung ist ein Gebot der Zeit.

Wir fragen den Regierungsrat an:

Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu treffen, um die drohende Abwanderung von qualifizierten Staatsangestellten zu verhindern?

Hansruedi Schmid  
Marco Ruggli